

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

2.11.1922 (No. 256)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkassentor
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 A — Einzelnummer 10 A — Anzeigengebühr: 10 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14 zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Anstehenden des Juncum berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen u. d. Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der Marsch auf Rom.

Zum Marsch der Faschisten nach Rom führt unter dieser Überschrift die „Frankf. Ztg.“ folgendes aus:

„Der Marsch auf Rom war vom Faschistenführer Mussolini seit anderthalb Jahren wiederholt angekündigt worden, und wenn er auch gelegentlich aus politischer Opportunität nachträglich seinen Worten eine symbolische Bedeutung geben wollte, so konnte man doch schließlich nicht mehr daran zweifeln, daß die Faschisten eines Tages nach Garibaldinischem Muster auf die Hauptstadt marschieren würden. Viele Leute hatten dies Ereignis schon für den großen Faschistentag in Neapel erwartet, und die Regierung hatte auch in Neapel und Rom ganz außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Aber die faschistische Zeitung selbst hatte ihre Pläne, wie nachträglich der Verlauf der Dinge gezeigt hat, nicht zu diesem Termine getroffen, und doch war es gerade die große Parade über die altiven Straße der militärischen Partei-Organisation, die sogenannten „squadrini“, die die Ereignisse ins Rollen brachten. Nach dem Berichte von unparteiischen Augenzeugen war die faschistische Parade eines der eindrucksvollsten Bilder, die man sich vorstellen kann: Zehntausende von jungen Leuten in schwarzer Hemdbluse, in militärischer Ordnung, tadellos geübt und in der Hand ihrer Führer; Neapel selbst, obwohl der Faschismus bisher im Süden wenig verbreitet war, dem Anschein nach dem Faschismus ganz ergeben, wenigstens wenn man nach dem äußeren Anbilde der Stadt urteilen kann. Alle Häuser besetzt, Fenster und Balcone gefüllt mit jubelnden Zuschauern, während sich die Opposition nicht hervortraute, so daß in den drei bewegten Tagen so gut wie keine Zwischenfälle vorliefen. Die in Neapel empfangenen Einbrüche haben offenbar der faschistischen Zeitung die Gewißheit gegeben, daß sie den Marsch auf Rom wagen dürfte. Daher die plötzliche Abreise Mussolinis und der vorzeitige Schluß der Verhandlungen wie die düsternen und doch verständlichen Worte des Generalsekretärs Bianchi, in Neapel regne es und man habe dort nicht mehr zu tun, in Rom aber erwarteten ihn dringende Geschäfte.“

Die Forderung des Faschismus auf sofortige Auflösung der Kammer oder wenigstens vorläufige Bildung eines Kabinetts unter Teilnahme der Rechten hatte die Regierung Facta mit einem „Non possumus“ beantwortet. Sie hatte den Ausbruch einer Krise bei geschlossener Kammer ohne Teilnahme des Parlaments für unkonstitutionell erklärt und die Kammer auf den 7. November einberufen, damit diese eventuell die Krise herbeiführe. Dieser Beschluß entsprach auch der Auffassung Herrn Giolittis, der in solchen Fragen als eine durch alte Erfahrung bewährte Autorität gilt. Es hatten in den letzten Wochen Verhandlungen zwischen Herrn Giolitti und dem Faschisten stattgefunden, bei denen namentlich der Mailänder Präfekt Herr Signorini sowie der frühere Unterstaatssekretär aus dem Kabinett Giolitti, Herr Corradini, die führende Rolle spielten. Darnach sollte Herr Giolitti, unterstützt auch Herr Orlando, nach dem Sturze des Kabinetts Facta die Regierung mit dem Faschisten bilden, sofort die Kammer auflösen und die Neuwahl zum Frühjahr vorbereiten. Wenn Herr Mussolini vielleicht der Neapel noch geneigt gewesen wäre, auf diesen Plan einzugehen, so waren seine Ansprüche nach der Forderung des Faschismus entschieden gestiegen. Man hat dem faschistischen Führer Widersprüche in seinen Äußerungen vorgeworfen, und in der Tat mangelt es an Schlüsselpunkten in Neapel viel drohender als seine erste Rede, wo er noch seine Bereitwilligkeit zur legalen Mitarbeit betont hatte. Wer dies Erwachen des Lones erklärt sich ganz einfach aus dem die Erwartungen übertreffenden Neapeler Erfolge. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Nisco, der im Kabinett die Rechte vertritt, drängte auf seinen Rücktritt, nachdem er eine Woche vorher durch einbringliche Vorstellungen des Herrn Facta von diesem die Regierung sprengenden Schritte zurückgehalten worden war. Dazu kam noch, daß auch der Staatsminister Paratore auf baldige Lösung drängte, da bei dem 7. Milliarden-Defizit des Staatshaushaltes und dem rapiden Steigen des Sterlingkurses die Finanzreform dringlich ist. So kam es zum Rücktritt des zweiten Kabinetts Facta.

Die Zeitung des Faschismus hielt nun den Augenblick für gekommen, durch den Marsch auf Rom das Steuer der Regierung an sich zu reißen. Die große Mobilisierung für Neapel hatte sein Selbstvertrauen gehoben und ihm die Gewißheit des Erfolges eingegeben. Bei einem parlamentarisch-konstitutionellen Verlauf der Krise dagegen fühlte er sich nicht sicher, im künftigen Kabinett den wirklich entscheidenden Einfluß zu bekommen, da ein geheimer Widerstand gegen ihn gerade in gewissen bürgerlichen Kreisen, die bisher sein Wachstum mit freudlichem Auge verfolgt hatten, hervorgerufen ist. Von dem zerschlagenen Sozialismus hat der Faschismus nichts mehr zu fürchten, aber die industrielle Bourgeoisie, der die Vernichtung der sozialistischen Organisationen zugute gekommen ist, nimmt neuerdings, wie insbesondere die Sprache des Mailänder „Corriere della Sera“ beweist, dem Faschismus gegenüber eine kritische Haltung ein. Maßgebend dafür ist erstens die Beforgnis, daß der Faschismus, der nun aufständertendenzbewußter zählt, auf deren wirtschaftliche Forderungen eine weitgehende Rücksicht nehmen muß und dann über ganz andere Druckmittel verfügt als die Sozialisten, und zweitens die äußere Politik. Unter einer faschistisch-nationalistischen Constellation würden die Beziehungen zu Südamerika viel gespannter werden, und außerdem hat insbesondere Herr Mussolini verschiedene Male gegen England unfreundliche Töne angeschlagen, die jenseits des Kanals nicht überhört worden sind. Es war also gerade die Haltung der bürgerlichen Gruppen, die mit ihm zusammenarbeiten bereit waren, die den Faschismus veranlaßten, zu marschieren. Er fürchtete, beim Fortschreiten zu kurz zu kommen und vertraute darauf, di facta da se.

Als die ersten Nachrichten von der neuen faschistischen Konzentration und dem Vormarsche eintrafen, da wollte die Re-

gierung Facta bis auf äußerste Widerstand leisten. Sie erklärte in ihrem Aufrufe, daß ausländische Bewegungen das regelmäßige Arbeiten der Staatsgewalt zu hindern und das Land in die größten Störungen zu werfen drohten. Alle Versuche der Regierung zur Verhinderung seien erfolglos geblieben, nun aber habe sie die Pflicht, die öffentliche Ordnung mit jedem Mittel und um jeden Preis zu schützen. Gleichzeitig verhängte sie den Belagerungszustand über ganz Italien. Es ist schon gemeldet worden, wie dies Dekret nach einer Stunde wieder zurückgenommen werden mußte, weil der König sich weigerte, es zu unterzeichnen. Vielleicht wollte der König es nicht zu einem Konflikt zwischen dem Heere und den Faschisten führen lassen.

In kaum zwölf Stunden war der Faschismus Herr der Lage in ganz Italien geworden und nun stiegen die Ansprüche des Herrn Mussolini weiter. Er war nicht mehr bereit, seine Partei an einem Kabinett unter Herrn Salandra, der Italien 1914/15 in den Krieg geführt und sich neuerdings als Faschisten honoris causa bezeichnet hat, teilzunehmen zu lassen, sondern verlangte das Präsidium der neuen Regierung für sich und die ausschlaggebenden Posten für seine Partei. Auffallend ist die Parallellität der Ereignisse mit denen vom Mai 1915: Damals wie jetzt hat der König eine Entscheidung gegen die öffentlich geäußerte Meinung Herrn Giolittis getroffen und der Gegensatz zwischen diesem und der Rechten, der während des letzten Kabinetts Giolitti verschmunkelt war, hat sich wieder erneut geöffnet.“

Das Rhein-„Problem“.

Eine vor dem Kriege ziemlich unbekannt Schweizer Monatschrift „La Revue de Geneve“ versucht sich jetzt dadurch einen Namen zu machen, daß sie ihre Spalten für das Problem der politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Verfügung stellt. So begrüßenswert eine deutsch-französische Verständigung zur endlichen Friedigung Europas auch wäre, so lehrt doch schon ein flüchtiger Blick in die oben genannte Zeitschrift, daß ihre Leiter nicht sähig oder nicht willens sind, das deutsch-französische Problem objektiv zu betrachten. Das es die „Revue de Geneve“ doch fertig gebracht, bei einer kürzlich eröffneten Kritikerliste über die Rheinabfrage zuerst Herrn Maurice Barres zu Worte kommen zu lassen. Schon diese rein zeitliche Anordnung liefern den klaren Beweis, daß die Schriftleitung der Zeitschrift völlig ententisch orientiert ist.

Insmerhin ist die „Revue“ lokal genug gewesen, nach den in ihren Hauptargumenten allgemein bekannnten Ausführungen von Barres einen Deutschen, Professor Klemperer, zu Worte kommen zu lassen, dem nun von französischer Seite wieder der namhafte Kolonialwissenschaftler Pierre Wille, der französische Diplomat, erwidert. Wenn man von den üblichen Ausfällen des französischen Schriftstellers gegen Deutschland, wie sie nun einmal zum Arsenal der Pariser Publizistik gehören, absehen möchte man zunächst fast der Ansicht sein, daß Pierre Wille eine eckliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebe. So, in der Polemik gegen Professor Klemperer bequemt er sich sogar zu der Aufgabe des beliebten französischen Propagandadogmas, daß der Franzose absoluter Individualist, der Deutsche dagegen absoluter Anhänger der Staatsautorität sei. Wille räumt ein, daß es ein Irrtum wäre, die politische Einstellung eines Volkes ausschließlich aus seiner Literatur abzuleiten. Vielleicht habe die deutsche Literatur den Staatsgedanken deswegen so stark in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen müssen, weil das deutsche Volk von Natur unpolitisch sei.

Wenn aber der französische Schriftsteller nun weiter den Versuch macht, diese neugewonnene Einsicht auf das „Rheinlandproblem“ anzuwenden, so macht sich sofort wieder der Reflex des Propaganda bemerkbar. Wille träumt nämlich von einem großen, deutsch-französischen Einheitsstaat, dessen Mittelpunkt das Rheinland bilden soll. Döven wir, in welche Worte er diese Zukunftsvisionen kleidet.

„Eines Tages, es mögen bis dahin noch 2 bis 300 Jahre vergehen, wird die Hauptstadt Westeuropas am Rhein liegen. Es wird eine enorme Stadt sein von 10-12 Millionen Einwohnern, das Wirtschaftszentrum eben dieses westeuropäischen Staates. Denn die Hauptstädte wechseln ihren Platz je nach der technischen Vervollkommnung der Naturbeherrschungsmittel, über welche die Menschheit verfügt. Einst war der Rheinstrom wegen seines reichenden Gefälles und seiner Größe eine Grenze. Ruder und Segel vermachten nicht gegen seine Strömung aufzukommen. Daher wuchsen die großen Städte an sanfteren und kleineren Flüssen, am Elber, an der Seine, an der Themse. Heute ist das anders geworden. Unsere wirtschaftlichen Machtmittel nötigen uns eine solche Riesenhauptstadt auf. Zuerst wird sich ihre Tätigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht ausleben. Dann oder wird sie sich auch politisch auswirken müssen, denn die Fruchtbarkeit des Bodens, die Nähe des Eisens und der Kohle, die Nähe der großen Verkehrsstraßen, die sich dort kreuzen, muß eine Stadt ertönen lassen, welche die karolingische Hauptstadt Aachen übertrifft.“

Muß diese Hauptstadt durchaus deutsch oder französisch sein? Muß durchaus eines der beiden Völker dort gebieten? Nein! Denn das würde einen neuen Krieg bedeuten. Deshalb stimme ich der Lösung, die Maurice Barres vorschlägt, zu: Rheinland den Rheinländern. Sind nicht die Belgier, die Dänen und Lütich bewohnen, Belgier, obwohl sie französisch sprechen? Warum sollen also die Rheinländer nicht anshören, ausschließlich Deutsche zu sein, obwohl sie deutsch sprechen? Ein unabhängiger rheinischer Staat würde den Auftakt zu einem europäischen Gesamtstaat bedeuten. Ich lege kein Gewicht darauf, daß er unter der französischen Vormundschaft steht. Er mag unabhängig und neutral sein. Seine Unabhängigkeit und Neutralität können die europäischen Großmächte

und die Vereinigten Staaten garantieren. Das Rheinland muß aber von Preußen getrennt werden, damit es militärisch neutral wird. Das ist die erste Bedingung. Späterhin wird es dann ohne Zweifel durch die Macht der Verhältnisse zweisprachig werden, wie in Rom während eines ganzen Jahrtausends die griechische und die lateinische Sprache friedlich neben einander gesprochen wurden. So erst würde das Rheinland zur Brücke zwischen dem germanischen und dem romanischen Geiste!“

Man steht hinter all diesen schönen Worten verbirgt sich doch wieder der alte französische Traum von den natürlichen Grenzen Frankreichs, der Gedanke, dem Napoleon von 1804 bis 1807 nachjagte: die Wiederaufrichtung des karolingischen Weltreiches. Derartige Gedankenengängen gegenüber können wir nur immer wieder betonen, daß es für den Deutschen ein „Rheinlandproblem“ überhaupt nicht gibt und niemals geben kann. Das Rheinland ist ein ausschließlich deutsches Land. Die rheinischen Dome wölben sich über den Gräbern deutscher Kaiser. Der rheinische Gemüß bildet einen integrierenden Bestandteil der deutschen Kultur, den zu verschächern uns selbst um den Preis eines ewigen Friedens nicht in den Sinn kommen kann. Wenn der Franzose das innere Bedürfnis nach einer politisch kulturellen Brücke zwischen Frankreich und Deutschland spürt, so hat ihm die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen diese Brücke in die Hand gespielt. Eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens hätte das unglückliche Grenzland dem ewigen politischen und kulturellen Brückenspiel entrückt. Die elsaßische Bevölkerung war schon vor dem Weltkriege bereit, diese Vermittlerrolle zu übernehmen. Aber der französische Nationalismus hat diese schlummernden Reime erstickt. Er setzt alles daran, das Deutschland der Elsäßer auszurotten und sie reiflos ohne Rücksicht auf ihre Stammesgenossen in die zentralistische Bürokratie der einen unteilbaren französischen Republik hineinzuwängen. Diese kostbare Gelegenheit ist also durch die Schuld Frankreichs verpaßt. Das deutsche Volk hat nicht das geringste Interesse daran, neue Teile seines Gebietes zu derartigen zweifelhaften kulturellen Experimenten herzugeben. Gewiß ist das Ziel, zur Vermeidung weiterer blutiger Kriege über den einzelnen Weltkern zunächst einen europäischen und dann einen Weltkern aufzubauen, ein verlockendes. Aber gerade das Beispiel Napoleons lehrt, daß diese übernationale Organisation frei und ohne Zwang aus dem Willen aller Beteiligten hervorzuführen muß. Wird sie einseitig auf gewaltsamem Wege erzwungen, so bricht sie über kurz oder lang in sich zusammen.

Politische Neuigkeiten.

Reichsregierung und Reparationskommission.

Über die erste Aussprache der Reichsregierung mit der Reparationskommission wird amtlich folgendes Kommuniqué verbreitet:

Die erste Verhandlung mit der Reparationskommission verlief in durchaus sachlicher Form. Der Vorsitzende der Reparationskommission Louis Barthelemy erklärte, daß erstens die Bilanzierung des Budgets, zweitens die Frage der schwebenden Schuld und drittens die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtige nicht, die deutsche Souveränität anzutasten; sie hoffe aber auf lokale Zusammenarbeit und sie sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag, über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen lasse.

Bei der Besprechung dieses Themas wurden von der Gegenseite verschiedene Fragen gestellt mit dem Zweck, hierüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessierten besonders die Ausgaben für den Reichsbahnetat und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Gesamtbudgets etwa 440 Milliarden betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe.

Der Reichsfinanzminister hatte gestern mittag 1 Uhr eine Besprechung mit dem holländischen Finanzmann Biffering.

Eingehende Prüfung des deutschen Budgets.

Gestern nachmittag hielten die Delegierten der Reparationskommission erneut interne Besprechungen im Hotel „Prinz Albrecht“ ab. Es verlautet in unterrichteten Kreisen, daß der Aufenthalt in Berlin zum mindesten bis Ende nächster Woche bemessen sein wird. In der Tat wird allein schon die eingehende Prüfung des deutschen Budgets, die die Reparationskommission vornimmt, geraume Zeit in Anspruch nehmen. Heute nachmittag 3 Uhr werden im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz von Dr. Vermees die Beratungen weitergeführt werden, und man gedenkt sich zunächst mit dem deutschen Vorschlag für 1923 zu befassen, über den voraussichtlich Staatssekretär Schröder berichtet wird. Es ist möglich, daß in der heutigen Sitzung Barthou zu einer längeren grundsätzlichen Erörterung des Wort ergreifen wird. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Reparationskommission eine Entscheidung in Berlin selbst nicht treffen wird. Über die Frage einer internationalen Reparationsanleihe und eines Moratoriums im besonderen wird die Reparationskommission diesmal wahrscheinlich gar nicht verhandeln, sondern vielmehr diese Probleme der großen Brüsseler Konferenz überlassen.

Die ausländischen Sachverständigen.

Die von der deutschen Regierung eingeladenen Finanzsachverständigen aus dem Auslande sind bis auf 2 hier eingetroffen. Die 7 Sachverständigen werden heute vormittag 10 Uhr vom Reichskanzler empfangen werden. An den Beratungen mit den ausländischen Sachverständigen werden auch hervorragende Bankfachverständige, wie Direktor Urbig, Bankier, Menckelsohn, Bankier Antraes von der Firma Hardy u. Co. und Professor Schumacher teilnehmen, weiter auch Reichsbankpräsident Haverstein und Staatssekretär Schröder.

Die Liste der ausländischen Sachverständigen ist:

1. P. S. Brand, der Teilhaber des bekannten Welthauses Lazare Brothens. Brand war in Genua Mitglied des Ausschusses der finanziellen Sachverständigen und ist dort durch seine Objektivität und seine umfassenden Kenntnisse der Probleme der Weltwirtschaft aufgefallen. Er hat sich als Kenner der Währungsverhältnisse in Theorie und Praxis betätigt.

2. Der bekannte Stockholmer Professor Gassel.

3. Der Präsident des schweizerischen Bankvereins Dubois aus Basel. Er ist in Genua hervorgetreten durch seine klare Beurteilung der Weltwirtschaftsverhältnisse, er unterhält besonders gute Beziehungen zur französischen und belgischen Finanzwelt.

4. Der amerikanische Professor Jenks, der in nahen Beziehungen zur Regierung der Vereinigten Staaten steht. Dieser hervorragende Kenner der Währungsverhältnisse hält sich schon seit einiger Zeit in Europa auf, um die Währungsverhältnisse der mitteleuropäischen Staaten zu studieren.

5. Kamenka, der Präsident der Asow-Don-Bank, eine der angesehensten russischen Banken und Mitglied des Aufsichtsrates der Banque Pariss zu Nord und anderer französischer und belgischer Unternehmen.

6. Der als objektiver Beurteiler des Friedensvertrags und der Weltwirtschaft bekannte englische Professor Keynes.

7. Der Präsident der Niederländischen Bank, Bifferting (Amsterdam).

Die Pariser Zeitungen berichten ausführlich über die erste Fühlungsprobe zwischen Reichsregierung und Reparationskommission. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ erklärte Barthou nach der Rückkehr von der Sitzung im Reichsfinanzministerium den französischen Pressevertretern, es werde erst in ein oder zwei Tagen möglich sein, etwas über den mutmaßlichen Gang der Berliner Verhandlungen zu äußern. In der Beratung im Reichsfinanzministerium habe es sich nur um einleitende Besprechungen gehandelt. In den Berliner Verhandlungen würden ausschließlich technische Fragen zur Sprache kommen, nämlich die Stabilisierung der Mark, die Kohlenlieferungen, die Verzinsungen, Sachleistungen, die deutsche Außenhandelsbilanz und der Budgetausgleich.

Loucheur für die Bankerrotterklärung.

In einem Interview mit einem Mitarbeiter des New York Herald erklärte der frühere Weidau-Bauminister Loucheur, er werde im Laufe der nächsten Woche der Kammer einen neuen Plan zur Lösung der Reparationsfrage vorlegen. Loucheur erklärte, wenn Deutschland gerettet werden solle, müsse es zunächst bankrott erklärt werden und zwar sofort, wenn eine politische Krise vermieden und das Land vor Empörungen bewahrt werden solle. Die Lage sei außerordentlich ernst, doch nur, weil Deutschland selbst es so wolle. Rathenau habe ihm bereits vor einem Jahr gesagt, daß die Inflation das einzige Mittel zur Rettung sei und er (Loucheur) habe deshalb versucht, ihn vom Gegenteil zu überzeugen. Der Hauptfehler der Verbündeten sei der, daß sie zu lange gewartet hätten, um Deutschland bankrott zu erklären. Es hätte dies bereits vor einem Jahr geschehen müssen. Wenn ein Bankrott Deutschlands gestattete, auf neuer finanzieller Basis neu beginnen, könne es in einem Jahre wieder auf eigenen Füßen stehen und dann könne ein neuer Reparationsplan ins Auge gefaßt werden. Ein langes Moratorium hält Loucheur nicht für nötig, und er wird in der Kammer seine Gründe hierfür darlegen.

Die Regierung Mussolini.

Wie aus Regierungskreisen verlautet, wird Mussolini unmittelbar nach seinen Regierungserklärungen vor der Kammer die Finanzreform zur Debatte stellen. Solange die alte Kammer sich seinem Willen auspricht, gedenkt er, sie nicht auflösen zu lassen, sondern mit den Wahlen bis zum Frühjahr zu warten, wie es d'Annunzio wünscht.

Das Landesbad in Baden-Baden.

Eine soziale Einrichtung des badischen Staates.

Von Wilhelm Gustav Gaertner (Gochsheim).

In Griebens Reiseführer Band 11 (1921) „Baden-Baden und Umgebung“ wird das Landesbad kurz abgetan, wenn in einem Rundgang durch das reizende Rotenbachtal zu lesen ist: das Landesbad von Baubirektor Durm erbaut, prunklos, aber bequeme Einrichtung, ist zunächst für solche Personen bestimmt, die aus öffentlichen Kassen Unterstützung empfangen; aber auch andere weniger bemittelte Personen, welche die Verpflegungskosten selbst bestreiten, können Aufnahme finden, soweit Platz vorhanden ist.

Die amtliche Fremdenliste verzeichnet die „Zusassen“ des Landesbades nicht. Man scheint sie totzweigen zu wollen. Es muß anerkannt werden, daß die Badener, trotz aller Überführung durch Fremde, durch valutarstarke Ausländer, die gewiß nicht so kaufkräftigen und eleganten Kurgäste des Landesbades sanft ganz und gar nicht als lästige Inländer betrachten und mit derselben Freundlichkeit und Zuvorkommenheit behandeln als die Fremden. Bei all den anständigen Trinkgeldern der Ausländer ist der Badener bis zum letzten Haarbüschel im besten Sinne großzügig und meltnärrisch. Der Fremde mag wohl fühlen, daß in dem „prunklosen“ Bau — nach Grieben, denn für unsere heutigen Verhältnisse erscheint er uns doch als ganz respektabel, wenn auch nicht gerade als Prunkbau — ein anderes Volk, vielleicht gemeinhin das Volk lebt, als die feine Welt der erstklassigen Hotels. Und interessant war es mir, unlängst einem Gespräche zugunsten im Verlaufe dessen ein Fremder seinem Begleiter auf die Frage, was das für ein Gebäude am Eingange der Seufzerallee sei, erklärte das sei das Landesarmenhaus!

Es erscheint nun angebracht, unserem Volke zum mindesten, nicht zuletzt aber auch den Ausländern, einige Aufklärung über das Landesbad zu geben, als einer sozialen Einrichtung des badischen Staates; erscheint uns als eine Dankeschuld an den badischen Staat, in der breitesten Öffentlichkeit zu sagen, was er jahraus jahrein an einer großen Zahl

Mussolini erklärte dem Vertreter der „Stampa“, es sei gleichgültig, ob die Regierung nach parlamentarischen Begriffen eine Mehrheit oder Minderheitsregierung sein werde und wie sich die Kammerfraktionen dazu stellen werden, da er im Lande über 800 000 organisierte und seinen Befehlen ergebene Leute habe. Er stütze sich auf diesen nationalen Willen. Entweder würden die Parteien mit ihm arbeiten, oder er würde eine rein faschistische Regierung bilden. Seine Regierung werde Italien im Ausland wieder Achtung verschaffen. Die Faschisten seien dem König zu Dank verpflichtet, daß er das Gesetz über den Belagerungszustand nicht unterzeichnet hat.

Wie die Mailänder Blätter melden, beabsichtigt Mussolini, das Ministerium des Äußeren wieder abzugeben. Als Kandidat für diesen Posten kommt in erster Linie Baron Wozziana in Betracht, der während der Konferenz von Genua das Amt eines Generalsekretärs versah; ferner ist vom Grafen Sforza und dem Senator Martini die Rede.

An die von Mussolini feierlich verkündete Freiheit der Presse lehnen sich seine Leute wenig. Auch der neue Herr der Consulta selbst scheint es nicht ernst mit der Pressefreiheit zu nehmen, denn er hat den direkten Telefonverkehr mit dem Ausland noch immer nicht wiederhergestellt, und auch die Sendungen im Telegraphenverkehr, die sicherlich der faschistischen Zensur ausgeschrieben sind, bestehen noch fort.

In Bergamo wurde der Direktor des Journal di Bergamo, Scapelli, der sich weigerte, seine Zeitung der faschistischen Zensur vorzulegen, schändlich mißhandelt. Sie schnitten diesem alten demokratischen Publizisten den Bart ab und zwangen ihn, ein Glas Rognonöl zu trinken.

Von den kommunistischen Abgeordneten wird einer nach dem andern verhaftet. In Rom wurde die Wohnungseinrichtung des sozialistischen Abgeordneten Scabelli zertrümmert, die Arbeitskammer angezündet, der kommunistische Klub vollkommen ruiniert.

Bei den letzten Unruhen in Rom haben die Faschisten, wie in Mailand, die gesamte Bibliothek des römischen „Avanti“ auf der Piazza Colonna verbrannt. Bei den schon gemeldeten blutigen Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten im Stadtteil San Neuzo griffen die Volkstruppen mit zwei Panzerautomobilen ein. Wie die Blätter berichten, kam es zu einem Straßenkampf, der über eine Stunde dauerte.

Mussolini hat an Poincaré und Bonar Law eine Depesche geschickt, in der er den Regierungschäpfern der besetzten Nationen herzliche Grüße übermittelt und das Vertrauen ausdrückt, daß bei Erfüllung seiner Aufgabe Italien die Solidarität der alliierten Nationen erhalten bleibe, die er für die Wirksamkeit ihres politischen Handelns für unerlässlich halte. Auch an Curzon sandte Mussolini eine Begrüßungsdepesche.

Das „Journal des Débats“ schreibt zur Regierungsbildung in Italien, es werde im Augenblick viel erklärt, Mussolini sei ein Freund Frankreichs und sein Programm sehe eine kraftvolle Verteidigung gegen die deutsche Politik vor. Daran sei etwas Wahres. Die Faschisten scheinen entschlossen zu sein, in Berlin eine deutliche Sprache zu führen.

Die Faschistenparade.

Mit dem unendlich langen Zuge der schwarz gekleideten Faschisten und der in blauen Hosen aufziehenden Nationalen von der Villa Borghese zum Grabe des unbekanntem Soldaten am Nationaldenkmal und Quirinal endigen soeben die römischen Faschistenparaden. Mussolini, mit dem Faschistenabzeichen im Knopfloch, schritt in Begleitung des faschistischen Generalsabts die Front des Zuges ab. Der Vorbemarsch der schätzungsweise hunderttausend Mann, dauerte vier Stunden. Zahlreiche Musikkapellen spielten, darunter mehrere reguläre Militärkapellen. Zahllose Fahnen wehten im Zug, und es wurden Palmzweige fürs Grab des unbekanntem Soldaten mitgetragen, während faschistische Flieger die Stadt überkreuzten. Der König erwartete neben General Diaz und Admiral Thaon de Nebel den Zug auf dem Balkon des Quirinal. Er antwortete auf das Senken der Fahnen mit militärischem Gruß. Alsdann zogen die Faschisten die Via Nazionale hinauf zum Bahnhof Termini, wo fünfzig Extrazüge sie sofort abtransportierten, sodas morgen in Rom das normale Leben wieder eintritt.

Inzwischen übernahmen die Minister ihre Ämter. Mussolini telegraphierte an die Präfekten, er verlange von ihnen strengste Pflichterfüllung und er gehe selbst mit gutem Beispiel voran.

von Volksgenossen tut, um ihnen die Segnungen der heilkräftigen Wäder zugute kommen zu lassen.

Die lustige Bezeichnung Landesarmenhaus eines ahnungslosen Fremden zeigt uns aber mit aller Deutlichkeit unsere wirtschaftliche Lage. Unser ganzes Volk ist bettelarm, unser Staat das große Armenhaus geworden. Von den wenigen, dafür vielleicht desto größeren Beispielen anderer, noch bestehenden Stände und Klassen darf bei dieser Feststellung füglich Abstand genommen werden. Wer kann es sich angeeignen, der ungeheuren Preiserhöhungen, der täglichen Einnahmeverminderung noch leisten, nur zur bringend notwendigen Erholung der geistigen und körperlichen Kräfte die überreichen Naturkräfte zu nutzen? Welche Personen, kinderlose Ehepaare mochten es bisher vielleicht bei aller Einschränkung ihrer Bedürfnisse, bei aller Bescheidenheit noch fertig bringen, sich für einige Zeit vom Arbeitsplatz loszumachen und Körper und Seele in des Schwarzwalds tauschendem Brunnen reinzubaden, sich neu zu stärken für die kommende, noch bittere Zeit der schmerzlichen Not. Für die große Masse der übrigen war es und wird es künftighin erst recht unmöglich sein. Die heutigen Preise der Fremdenindustrie, die im Hinblick auf die Aufwendungen nicht einmal als übertrieben bezeichnet werden können, scheiden so — und das ist das bedauerlichste — gerade die Armen der Armen von dem Genuße einer oft unerlässlichen Wäderkur vollkommen aus, unsere tatsächlichen Kranken. So arm, so bitterarm sind wir geworden, daß wir zusehen müssen, wie Tausende und Abertausende Fremder unsere Heilquellen besuchen können, daß Ausländer dort schwebeln, unsere Reinger unsere Kultur dort auskosten und genießen in des Wortes reiner Bedeutung, während sie zu allem noch über die Unkultur der Barbaren schimpfen. Wer erinnert sich hierbei nicht an den Kranken in der Bibel am Teiche Bethesda, der achtunddreißig Jahre krank lag und zusehen mußte, wie andere vor ihm in das Wasser stiegen.

Daß unsere minderbemittelten Kranken nicht von dem Genuße der heilkräftigen Wäder in Dürheim und der nicht minder berühmten Heilwäder in Baden ausgeschlossen sind, auch in diesen schmerzlichen Zeiten das danken sie dem badischen Staate, der in klarer Erkenntnis seiner firkoralischen Pflichten schon frühe alle denen eine Heilstätte schuf, die sich sonst den Besuch der Kurorte nicht leisten konnten, heute aber auch den vielen, die sich deren Besuch nicht mehr leisten können. Und so finden wir denn heutzutage in den Landesbädern alle sozialen Schichten, sehen

Zum Rücktritt Sforzas.

Der „Petit Parisien“ glaubt, daß der Grund des Rücktritts des Grafen Sforza darin zu suchen ist, daß dieser der Urheber des italienisch-südslawischen Vertrages vom November 1920 ist, wodurch die Frage Dalmatiens gelöst wurde. Die Faschisten hätten zu verschiedenen Malen erklärt, daß sie diesen Vertrag als null und nichtig ansehen und eine Revision der dalmatinischen Frage fordern.

Auch der Berliner Botschafter Frasseti tritt von seinem Posten zurück.

Die November-Bezüge der Beamten.

Gestern haben Verhandlungen über die Regelung der November-Bezüge der Beamten im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamtenverbände stattgefunden. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, die von allen Verbänden gestellte Forderung wegen ihrer Höhe als völlig unannehmbar. Die Forderungen enthielten u. a. eine rückwirkende Regelung der Bezüge für Oktober und sahen Zahlen vor, die das nachgehende Beispiel erläuterte: Die Bezüge eines Beamten der Besoldungsgruppe II erste Gehaltsstufe sollten 12 000 M. betragen.

Der Regierungsvorteiler erklärte gegenüber diesen Forderungen, daß der Monat Oktober als endgültig abgeklommen angesehen sei und daß die neuen Forderungen für November gar keine Verhandlungsgrundlage für die Regierung darstellten. Diese sei daher mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reichs gezwungen, die Forderungen abzulehnen und nicht in der Lage, irgend ein Kompromiß zu schließen.

Der Regierungsvorteiler machte fobann von der Regierungsborlage Mitteilung, die eine Erhöhung der gesamten Teuerungszulagen auf Grundgehalt, Orts- und Kinderzuschläge usw. von 11 auf 49 Proz. vorsehe und eine 25proz. Erhöhung der Gesamtbezüge darstelle. In Auswirkung dieser Regierungsvorlage wird zum Beispiel der Beamte der oben genannten Gehaltsgruppe eine monatliche Erhöhung seiner Bezüge von 5400 Mark erhalten. Die Vertreter der Spitzenorganisationen erklärten sich mit diesem Angebot einverstanden in der Voraussetzung, daß die hier erfolgte Regelung nur als eine vorläufige anzusehen sei und daß es den Organisationen vorbehalten bleiben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt über die endgültige Novemberregelung mit der Regierung zu verhandeln. Der Regierungsvorteiler nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Die Regierungsvorlage wird nun mit Zustimmung des Kabinetts dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen.

Nach den gestern abgeschlossenen Vorbesprechungen mit den Organisationen der Reichs- und Staatsarbeiter erhalten im November die Handwerker pro Stunde 117 M., Borsarbeiter 120 M., Werksführer 123 M., ungelernete Arbeiter 107 M.

Gegen die Kapitalflucht.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stimmte in seiner Sitzung vom 20. Oktober einem Gesetzentwurf zu, der eine Verlängerung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht bis zum 31. Dezember 1924 vorsehe. In der Erkenntnis, daß die bisherigen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, die auf die Besserung der deutschen Währungsverhältnisse hingen, in ihrer Wirksamkeit bei weitem nicht ausreichen, hat sich ein Ausbauder bestehenden Vorschriften und eine Erweiterung der Strafbestimmungen als notwendig erwiesen.

Nach den bisher geltenden Vorschriften müssen sämtliche Vorgänge, durch die bewegliches Kapital in das Ausland gelangt, zur Kenntnis der Steuerbehörde gebracht werden. Der neue Gesetzentwurf sieht demgegenüber die vorherige Genehmigung des Finanzamtes für die Ausführung von Kapital vor. Nach § 1 des Entwurfes dürfen Banken Aufträge, wie sie im § 2 Abs. 1 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht näher bezeichnet sind, nur ausführen, wenn die von dem Auftraggeber einzureichende Erklärung mit einem Genehmigungsmerkmal des für den Auftraggeber zuständigen Finanzamtes versehen ist. Ausgenommen von diesem Genehmigungsabgang sind Aufträge von solchen Personen und Personvereinigungen, denen die zuständige Handelskammer eine Bescheinigung darüber ausgestellt hat, daß ihr Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäfte mit sich bringt, aus deren Abwicklung Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind. Der neue Gesetzentwurf bedroht eine Umgehung der Bestimmungen mit hohen Strafen. Bei Zuwiderhandlungen gegen § 1 des Entwurfes sind Gefängnis bis zu 2 Jahren, Geldstrafen bis zu 2 Millionen Mark, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie Verwählungnahme der verbotenen Vermögenswerte vorgesehen. Inhaber, Vertreter und Bevollmächtigte von Bankgeschäften, die geschäftswidrige Transaktionen vornehmen, sollen mit Geldstrafen bis zu 100 000 M. bestraft werden.

wir die Ergelung neben dem einfachen Tagelöhner zur großen Notgemeinschaft bereinigt, dankbar dem Staate für seine riesengroßen Leistungen auf diesem Gebiete.

Im Jahre 1890 wurde das ehemalige Armenbad in der Nähe der Kaiserpfalz der staatlichen Wäderanstalten bezogen. Diese Bezeichnung sprach ganz und gar dem Geiste des alten feudalen Staates. Wäder, Argonien und die in den staatlichen Kuranstalten zu Gebote stehenden Heilmittel haben bis zum Ausbruch des Krieges unentgeltlich.

Getreu der alten Tradition der Wäderanstalt, in der schon Trajan großartige Badeanlagen für seine Genesenden-Regionen geschaffen hatte, die heute noch zwischen Augustus- und Friedrichsbad zu sehen sind, wurde während des Krieges im jetzigen Landesbad ein Lazarett eingerichtet, in dem taunende deutscher Krieger Genesung und Heilung fanden. Nach dem Kriege konnte die unentgeltliche Verabfolgung auch der Arzneien nicht mehr aufrecht erhalten werden; einmal durch die ungeheure Steigerung der Aufwendungen, zum andern aber auch durch die soziale Umgestaltung der Gasse, die mehr und mehr in die Erziehung trat, als die Kaufkraft weiter Schichten des Mittelstandes und darüber hinaus schwand.

Es gilt nun in erster Linie eine Tatsache hier festzulegen, daß nämlich das Landesbad als soziale Einrichtung des badischen Staates grundsätzlich allen bedürftigen Personen, in erster Linie natürlich badischen Staatsangehörigen, offensteht. In der Öffentlichkeit ist vielfach die Ansicht verbreitet, als ob das Landesbad so eine Art Versorgungsanstalt darstelle, oder ein Bad der Landesversicherung und der Krankenkassen sei. Nach den Satzungen können Aufnahme finden Personen, die von Verbänden und Stiftungen zum Zwecke des Kurgebrauchs unterstützt werden, Beamte, für die die Anstaltsgesellschaft die ganzen oder einen Teil der Verpflegungskosten übernimmt, Personen, welche auf Kosten von Krankenkassen, Berufsvereinigungen oder Versicherungsanstalten, sowie Heeresangehörige u. Kriegsteilnehmer, die von ihren Behörden eingewiesen werden. Neben dieser Gruppe von Richtzählern können aber jederzeit auch sogenannte Selbstzahler Aufnahme finden. Die Verpflegungssätze sind sehr niedrig, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß gewährt wird: Wohnung, Verpflegung, ärztliche Behandlung, Wartung, Wäder und sonstige Kurmittel, jedoch ohne Arzneien. Im Jahre 1920 betragen die Verpflegungssätze anfangs 11 Mark, von September an 18 und 16 M. Daß bei einem so geringen Satz der badische Staat in diesen

Von besonderer Bedeutung sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der indirekten Kapitalflucht, d. h. wenn der Gegenwert der exportierten Ware absichtlich und ohne wirtschaftliche Notwendigkeit im Ausland belassen wird. Es wird nicht immer leicht sein, zwischen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, Guthaben im Ausland zu unterhalten, und zwischen der Absicht der Steuerhinterziehung zu unterscheiden. Die Reichsfinanzverwaltung geht in ihrem Entwurf von dem Grundsatz aus, daß alle volkswirtschaftlich gerechtfertigten Transaktionen von allen einengenden Vorschriften verschont bleiben sollen, daß aber überall dort eingeschritten werden muß, wo die Absicht der Kapitalflucht besteht, d. h. wo der Gegenwert einer ausgeführten Ware in der Absicht, ihn der deutschen Volkswirtschaft vorzuenthalten, zum Schaden der deutschen Wirtschaft ganz oder teilweise im Ausland belassen wird. In solchen Fällen soll die vollständige Bekämpfung dem Ausführer die weitere Warenzufuhr mit der Wirkung unterliegen, daß er die weitere Zufuhr auch solcher Waren, die einem allgemeinen Ausfuhrverbot nicht unterliegen, nur mit besonderer Genehmigung vornehmen darf. Bei Zuwiderhandlungen sind Geldstrafen in Aussicht genommen, deren Höhe sich nach dem Werte der Waren bemessen soll, auf die sich die Umgehung der gesetzlichen Vorschriften bezog. Dem Betroffenen soll die Beschwerde vor dem Reichswirtschaftsgericht offenstehen.

Der Gesetzentwurf soll am 1. Januar 1923 in Kraft gesetzt werden.

Neue gewaltige Papierpreissteigerung.

Nach viertägigen Verhandlungen über den Druckpapierpreis für November erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums einen Preis von 187 M. abzüglich einer auf etwa 25 M. je Kilo zu bemessenden Rückrechnung der Holz- und Zellstoffverbände als angemessen. Somit müssen die deutschen Zeitungen mit der Katastrophe rechnen, daß die Doppelladung Papier vom 1. November an 1 620 000 Mark kostet, das bedeutet nahezu eine Verdoppelung des ursprünglichen Oktoberpreises und übersteigt den in der zweiten Oktoberhälfte bereits außerordentlich erhöhten Preis um 800 000 Mark.

Die Vertreter der Zeitungsverleger erklärten, sie könnten die Verantwortung für diese Preisbemessung nicht übernehmen, ohne daß dadurch allerdings das Endergebnis der Verhandlungen wesentlich verändert sein dürfte. Somit hat der Druckpapierpreis das 810fache des Friedenspreises erreicht.

Diese neue gewaltige Steigerung des Zeitungspapierpreises bedingt eine weitere Verschärfung der Zeitungsnot. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften, die sich bisher noch über Wasser halten, wird die neue Preisforderung den Lebensnotz berechnen.

Kurze polit. Nachrichten.

Die Orientkonferenz in Lausanne. Nach einer Meldung aus Bern steht fest, daß die Orientkonferenz in Lausanne am 13. November durch den Bundespräsidenten eröffnet werden wird. Die Stadt Lausanne erwartet zu dieser Konferenz 500 Delegierte und 300 Journalisten. Die Journalisten werden im Hotel „Lausanne-Palais“ untergebracht, wo auch die türkische Abordnung wohnen wird, ferner im Hotel „Beausite“, wo bereits besondere Refektorien, Arbeitsstühle, Telefonapparate usw. eingerichtet wurden. Das Konferenzlokal bereitet der Senat noch einiges Kopierbrotchen. Die Unterbringung im Hotel des Bundespräsidenten soll vorüber sein und dafür ein altes Gastriehaus im Park von Neuchâtel aufgefunden sein, das aber von Kennern als vollständig ungeeignet bezeichnet wird.

Wiederbeginn des Reichstags verschoben. Der Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstags ist mit Rücksicht auf die schwebenden Reparationsverhandlungen von seinem ursprünglichen Datum, dem 7. November, verschoben worden. Für den Wiederzusammentritt ist der 13. November in Aussicht genommen. Der Altentausch tritt heute zusammen, um sich über den endgültigen Termin schlüssig zu werden.

Die Alkoholfahrt. Angesichts der ungeheuren Zunahme des Alkoholkonsums haben sich auf Anregung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit München“ sämtliche Frauenorganisationen zusammengesetzt zu einem „Bayerischen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Alkoholfahrt“. In der von diesem Ausschuss einberufenen Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung fordert:

1. Die Aufnahme der Gemeindebestimmungsrechts in das Reichsgesetz gegen den Alkoholmißbrauch.

Naher 400 000 M. zusehen mußte, erscheint begreiflich. Im Jahre 1921 waren die Sätze ab 1. April 1921 bis 1. Februar 1922 25 M. bei Benutzung gemeinamer Zimmer, 30 M. für ein Einzelzimmer, für Badener waren diese Beträge ermäßigt auf 22 bzw. 25 M. Im Jahre 1922 konnte trotz der großen Preissteigerungen mit einem Betrage von 35 bzw. 40 M. für Badener ausgereicht werden. Gegenwärtig mußte erfordern diese Sätze im Laufe des Sommers eine mehrmalige Erhöhung. Ab 1. Juni lauten sie 75 und 100 M., ab 1. August 100 und 125 M., ab 1. Oktober 150 und 185 M., ab 1. Oktober endlich 250 und 300 M. (für ein Einzelzimmer). Diese Erhöhungen geben nur ein schwaches Bild der allgemeinen Preissteigerung und sind so gehalten, daß sie etwa gerade noch Verpflegung und Heizung decken können. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, wie es durch diese minimalen und besonders für Baden-Baden minimalen Verpflegungssätze durch tatkräftige Hilfe des bayerischen Staates weiten Kreisen allein noch möglich ist, zu ihrer Gesundung ein Bad aufzusuchen. Die Verpflegung selbst ist einfach, doch vorzüglich, auch sehr reichlich, und man hört von vielen Gästen die dankbare Anerkennung, daß sie sich zu Hause diese gute Kost nicht leisten könnten. Die freie ärztliche Behandlung, die Bäder, die Inhalationen und all die anderen Kurmittel, die kostenlos gewährt werden, sind nicht hoch genug anzuschlagen. Schon das beruhigende Gefühl, daß man dauernd unter der Aufsicht eines erfahrenen Arztes steht, ist zur Gesundung wertvoll. Das Personal ist meist schon jahrelang im Hause, so daß trotz des großen Besuchs der Gäste das Geschäft reibungslos abgewickelt wird. Darauf muß auch der immerwährenden Freundlichkeit des Personals gedacht werden, die selbst bei oft nicht zu umgebenden innerpolitischen Schwierigkeiten bestehen bleibt. Etwa 200 Männer und Frauen bevölkern fast das ganze Jahr den herrlichen Bau und geben dem gesellschaftlichen Leben Baden-Badens die Note, die bei all dem Luxus und der Verschwendung nicht fehlen darf. Sie zeigen dem dalmatischen Ausländer, daß es Kranke, wohlhabend und gar arme Kranke über genug im deutschen Lande gibt, die dankbar sind, ein paar Wochen ihrer Gesundheit leben zu können.

Um einen Überblick über die Bedeutung des Bades zu geben, genügt es, einige Zahlen zu nennen: Im Jahre 1921 hatte das Land Baden 45 581 Verpflegungstage. Besuch hatten das Bad 1422 Personen, davon 814 Männer und 608 Frauen. Diefelben waren eingewiesen von der Landesversicherungsanstalt Baden (610), von Krankenkassen (193),

2. Die Ausdehnung der Konzeptionspflicht auch auf den Flaschenbierkleinhandel sowie die Einschränkung der Abgabe von Branntwein in den Kleinhandelsbetrieben.

3. Herabsetzung der Polizeistunde.

4. Verbot der Vergärung von Nahrungsmitteln (Getreide, Obst, Kartoffeln, Zucker).

5. Obligatorischen Unterricht über die Alkoholfahrt in sämtlichen Schulen, sowie regelmäßige Lehrgänge für die Lehrerschaft, Sozialbeamte und Organe der öffentlichen Ordnung.

6. Mit allem Nachdruck die alkoholfreie Führung aller Kinderheime und Erziehungsanstalten und eine entsprechende Dienstverweisung für die Angestellten.

Das Schicksal des deutschen Eigentums in Amerika. Die „New York Times“ meldet aus Washington: Der Verwalter des ehemals feindlichen Eigentums teilte mit, die Regierung mache Anstrengungen, damit das Gesetz, wonach das im Gewahrsam der Regierung befindliche deutsche Eigentum, soweit es einen Wert von 10 000 Dollar nicht übersteigt, zurückkehrt werden soll, baldigst verabschiedet werde.

DZ. Neue Preise im Hotelgewerbe. Der Vorstand Deutscher Hotelbesitzervereine, der zurzeit in Dresden tagt, legte als Mindestpreis für ein Zimmer das 150fache des Friedenspreises als Grundpreis fest, also ohne Bedienungsgeld und Steuer. Ferner beschloß man, für Heizung einen Preis von 10 Kilo Koks als Mindestgrundlage für die Berechnung zu wählen.

Die Nahrungspreise. Die vielfachen Klagen aus Verbraucherkreisen über die Preisgestaltung der Nahrung haben zu einer Nachprüfung der Gesehungsstellen bei den für die deutsche Nahrungszugang hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen geführt. Es ergab sich, daß für den Preis des Nahrungsmaterials der Rohmaterialpreis ausschlaggebend ist. Zur Herstellung von Nahrung wird ein Baumwollgarn von besonderer Qualität aus ägyptischer Baumwolle benötigt, welches zum größten Teil aus England bezogen werden muß. Berücksichtigt man den Friedenszeitmarktpreis und zieht man weiter die Devisenentwicklung in Deutschland in Betracht, so wird die außerordentliche Höhe der Nahrungspreise gegenüber dem normalen Preisindex erklärlich.

Badische Übersicht.

Verband südwestdeutscher Industrieller.

Am Freitag, den 27. Oktober d. J. fand in Karlsruhe unter dem Präsidium des 1. Verbandsvorsitzenden, Kommerzienrat O. Stroh-Ziegelhauer bei Heidelberg, die 48. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller statt.

Der Versammlung, welche von Delegierten der Bezirksvereine aus Fachauschüssen des Verbandes sowie von Vertretern der Hochvereine aus fast allen Teilen des Verbandsgebietes zahlreich besucht war, wohnten als Vertreter des Badischen Ministeriums des Innern Oberregierungsrat Rohmeier und Regierungsrat Dr. Weismann bei.

Nachdem zunächst geschäftliche Angelegenheiten erledigt gefunden und das Direktorium nach ausgiebiger Erörterung der vom Geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes aufgestellten Tagesordnung die Erhebung der Mitgliedsbeiträge pro Geschäftsjahr 1922/23 einstimmig genehmigt u. die Erhebung der Jahresbeiträge pro 1922/23 nach dieser Tagesordnung beschlossen hatte, berichtete Verbandsvorsitzender Dr. Weismann über verschiedene handelspolitische Angelegenheiten und die Frage des Abschlusses von Wirtschaftsabkommen.

Hierauf erfolgten eingehende Verhandlungen über die bereits mehrfach erwähnte Forderung der allgemeinen Einführung einer Versicherung mit gleitender Versicherungssumme, deren Zweck es sein soll, die Versicherungsnehmer vor ungewollter Unterversicherung zu bewahren, so daß sie im Versicherungsfall einen Schadenersatz erhalten, der die Wiederherstellung der vom Brand betroffenen Gegenstände ohne unverhältnismäßige Opfer ermöglicht. Zu dieser Frage berichtete insbesondere Direktor Bergmann von der Rheinischen Feuerversicherungs-Allianzgesellschaft (Gering-Konzern) Köln.

Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Frage der Brandversicherung der Industriegebäude in Baden. Hierzu ergriß auch Oberregierungsrat Rohmeier vom Ministerium des Innern das Wort zu längeren, sehr interessanten Ausführungen. Da die Brandversicherung der Industriegebäude in Baden durch die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt erfolgt, und eine Ergänzung der staatlichen Brandversicherung durch private Feuerversicherung gesetzlich nicht zulässig ist, so wurde vom Verband Südwestdeutscher Industrieller der dringende Antrag

- von Armenverbänden (16), von staatlichen Behörden (90), vom Gendarmerieoberkommando Karlsruhe (9) von Stiftungen (8), von der Reichswehr (3), von den Versorgungsämtern in Baden (175), in anderen Ländern (10), — an Selbsthilfswerken waren eingetroffen 316. Der Staatsangehörigkeit nach waren vertreten 1395 Badener, 2 Württemberger, 11 Bayern, 12 Preußen, 2 Sachsen, 2 Hessen, 1 Schweizer. In Baden wurden (unentgeltlich) verabsolgt: Thiermalbäder 8555, solche mit Zusatz 4247, Solbäder 654, Iohannsaure Bäder 2002, Kalbäder 398, Wilbäder 6568, Faugobehandlung: große 1877, kleine 1297, Talleraunbehandlung 2801, Lichtbäder 1860, schottische Tüschchen 295, Biergelenkbäder 434, Reflexor 693, Höhenfonne 818, Massage 6481, Elektrisieren 279, Inhalieren 2867, Heilmagnet 5407, Dampfbäder 884, Schlauchbäder 559, Sitzbäder 53.

Daß bei einer derartigen Leistung der Staat seine Leute vor der Aufnahme etwas näher ansieht, ist leicht einzusehen. Jedem Aufnahmegeruch ist deshalb ein ärztliches Zeugnis auf dem vorgeschriebenen Fragebogen beizulegen. Rungen- und sonstige der Aufstellung verdächtige werden unter keinen Umständen aufgenommen. Die Aufnahmepapiere können beim Bezirksamt Baden — Badenpatientenkommission — angefordert werden. Die Aufnahme erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldung. Die Hausordnung muß unter allen Umständen eingehalten werden. Im Interesse des Kurerfolges ist es, daß abends recht früh zu Bett gegangen wird. Um 9 Uhr muß alles zu Hause sein. Es wird vielleicht möglich sein, die Urlaubsbereitstellung für längeres Ausbleiben bei Konzert- und Theaterbesuch durch ein generelles Hinusschieben der Schließung des Hauses um 10 Uhr dem Hausarzt zu erlassen. Obwohl die Reichszahl der Gäste krank ist und kein großes Konzertbedürfnis zeigt, scheint es doch angebracht, den wohl noch auf militärischen Erfahrungen, die gerne anerkannt werden, folgenden frühen Pausenfreiz etwas zu verlängern.

Die Verwaltung des Bades, sowohl was die rein ärztliche Seite, als auch die rein verwaltungstechnische anbetrifft, ist musterhaft. Wir müssen dem badischen Staate nur dankbar sein, daß er, der bei manchen Schichten so verschrien ist, als ob er gar nichts leiste, so viel soziales Werkstücken in Baden und Dürckheim ins Leben rief und sie — trotz aller wirtschaftlichen Bedrängnisse — im Interesse seiner mündigdemittelten Volksgenossen — und wer gehört heute nicht zu denen! — erhält.

an die Regierung gerichtet, im Rahmen der staatlichen Gebäude-Brandversicherung die Möglichkeit der selbsttätigen Feuerungsversicherung und damit die Möglichkeit der Vollversicherung zu schaffen.

Ferner wurde verhandelt über die Kohlenversorgung des badischen und südwestdeutschen Industrie und über eine Reihe von Steuer- und Bilanzfragen. Die Erörterung der Steuerfragen führte zu folgendem Beschlußantrag:

„Infolge der ständig fortschreitenden Entwertung der deutschen Reichsmark und der damit verbundenen verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen, erscheint es im Interesse von Handel und Industrie dringend geboten, daß seitens der Regierung Maßnahmen getroffen werden, damit die Besteuerung der badischen Gewerbebetriebe nicht nach dem Betriebsvermögen, sondern nach dem Ertrag der gewerblichen Unternehmungen, eventl. auch nach dem Ertrag bei mäßiger Heranziehung des Betriebsvermögens erfolgt. Hierbei müßte eine Höchstgrenze der Belastung nach bestimmten Grundsätzen festgelegt werden. Die Beibehaltung von § 13 Abs. 3 und 4 des Badischen Grund- und Gewerbebesteuerungsgesetzes vom 4. August 1921 ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit und wird auf das Nachdrücklichste gefordert.“

Außerdem muß die Einführung von steuerfreien Erneuerungskonten bei der Gewerbesteuer in Anlehnung an § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes gefordert werden. Die veränderten Zeiten und die sich ständig verändernden Gehaltsverhältnisse zwingen den Unternehmer, große Beträge rechtzeitig zurückzustellen, um den Betrieb in vollem Umfange aufrecht erhalten bzw. überhaupt fortführen zu können. Das ist jedoch völlig unmöglich, sofern diese Rückstellungen in folchem Maße zur Gewerbesteuer herangezogen werden, wie es das badische Gewerbebesteuerungsgesetz bestimmt. Die Gewerbesteuerämter haben sich bisher gegenüber der Anerkennung von steuerfreien Rücklagen auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt, daher muß unter allen Umständen gefordert werden, daß Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden, die dem Sinne von § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes entsprechen, wonach Erneuerungsrücklagen steuerfrei ausgehen.“

Lebhafte Klagen wurden laut über die Devisen-Notverordnung der Reichsregierung, zumal auch infolge derselben in verschiedener Hinsicht z. B. Unklarheiten bestehen. Seitens des Direktoriums erfolgte zur Devisen-Notverordnung folgende Stellungnahme:

„Die heute in Karlsruhe tagende 48. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller protestiert auf das schärfste gegen das wiederholte Verfahren der Reichsregierung, auf das tiefste in den so empfindlichen Organismus des Wirtschaftslebens einschneidende Verordnungen ohne vorherige Anhörung von Sachverständigen zu erlassen.“

Die kurzer Hand erlassene Devisen-Notverordnung verstößt gegen den elementaren volkswirtschaftlichen Grundsatz von Angebot und Nachfrage. Die Verordnung hat, wie vorauszu sehen war, zur Ausschaltung des Angebots von Devisen geführt, so daß die starke Nachfrage der Industrie und des Handels nach Devisen logischerweise zum hinaufstreben der Devisenkurse führen mußte. Die beabsichtigte Wirkung der Verordnung hat also ihren Zweck nicht erreicht, sondern gerade das Gegenteil bewirkt. Für viele Industriezweige, welche auf den Bezug ausländischer Rohstoffe angewiesen sind, ohne daß sie selbst ihre Fabrikate exportieren und dadurch Devisen erhalten, ist infolge der Devisen-Notverordnung fast zur Unmöglichkeit geworden, sich mit Devisen einzudecken. Welche Folgen dieser Zustand für das deutsche Wirtschaftsleben haben muß, liegt klar zu Tage.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller fordert daher namens der von ihm vertretenen Industrie eine schleunige Aufhebung der Devisen-Notverordnung und nach Anhörung von Sachverständigen Erlass von Bestimmungen, die geeignet sind, die unfolige Spekulation in Devisen aufzuhalten.“

Weiter wurde beraten über die außerordentlich nachteiligen Wirkungen der fortgesetzten Tarifserhöhungen der Reichsbahn für die südwestdeutsche Industrie. Um katastrophale Folgen zu vermeiden, wurde im Anschluß an einen Bericht des Delegierten für Eisenbahnwesen beim Verband Südwestdeutscher Industrieller, Dr. W. Hartmann-Mannheim, dringend ein verstärkter Ausbau des Staffelsystems und die Gewährung von Wasserumschlagtarifen vom Direktorium gefordert. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Das Direktorium des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller fordert angesichts der von Monat zu Monat steigenden Gülertarife energisch, daß das bisherige Staffelsystem im Interesse der an der Peripherie des deutschen Reiches gelegenen badischen und südwestdeutschen Industrie sowohl in horizontaler, wie besonders auch in vertikaler Richtung ausgebaut wird, da andernfalls viele hochentwickelte Zweige der badischen und südwestdeutschen Industrie unbeliegt zum Erliegen kommen müssen.“

Ferner fordert das Direktorium die beschleunigte Gewährung der von Industrie und Handel dringend verlangten Wasserumschlagtarife. Diese Forderung darf unter keinen Umständen in der vom Reichsverkehrsministerium zur Beratung dieser Frage einberufenen Sonderkommission verhandelt werden.“

Die Notrufe, welche von der badischen und südwestdeutschen Industrie an den Verband gelangen, bezeugen, daß äußerste Eile geboten ist, diese beiden Forderungen zu verwirklichen, wenn anders nicht die bisherige Tarifpolitik der Reichsbahn ein Trümmerfeld langjam absterbender Industriezweige hinter sich lassen will.“

Zum Schluß wurde noch über die Frage der Beteiligung der badischen und südwestdeutschen Industrie an Lieferungen für den Wiederaufbau verhandelt.

Gautag des Reichverbandes deutscher Feinkostkaufleute.

Zu Beginn zahlreicher Mitglieder aus süddeutschen Ländern hielt am Sonntag der Gau Baden-Rheinpfalz des Reichverbandes deutscher Feinkostkaufleute im Hotel Friedrichshof zu Karlsruhe seinen Gautag ab. Derselben kam umso größere Bedeutung zu, als die auf der Tagesordnung stehenden Lebensmittelfragen heute mehr denn je sowohl in wirtschaftlicher, als auch in politischer Hinsicht den Vordergrund des Interesses bilden.

Die Tagung wurde vormittags 11 Uhr mit einer öffentlichen Versammlung im großen Saal des „Friedrichshof“ eingeleitet, in der Herr Verbandsdirektor Breitkopf-Berlin nach kurzen Begrüßungsworten des 1. Gauvorsitzenden, Herrn F. A. Lang-Heidelberg einen hochinteressanten Vortrag über „Die Ursachen der Lebensmittelpreise und deren Bekämpfung“ hielt. Der Redner führte, in kurzen Zügen wiedergegeben, etwa folgendes aus:

„Die Verbraucher sehen nur das Symptom der Lebensmittelpreisknappheit: die Teuerung u. möchte dafür den Nahrungsmittelgroß- und Kleinhandel verantwortlich. Welches sind nun aber die wirklichen Ursachen der Lebensmittelpreise und Teuerung? Es ist in erster Linie der Preisverfall, welcher die deutsche Landwirtschaftliche Produktion um 20 Prozent verkleinert, dem verbleibenden landwirtschaftlichen Boden die wichtigsten Phosphatquellen entzieht und durch Entwertung des deutschen Geldes die Einfuhr von ausländischen Nahrungs- und Futtermitteln

mitteln sowie künstlichem Dünger unmöglich macht. Infolge Mangels genügender Nahrungsmittel ist der Ernteertrag um 30-40 Prozent gegenüber der Friedenszeit gesunken. 1914 standen dem deutschen Volke 15 Millionen Schweine zur Verfügung gegen 8 1/2 Millionen jetzt, also 6 1/2 Millionen Schweine weniger gegenüber der Friedenszeit. Da trotz verminderten Ernteertrages und starker Verminderung des Viehbestandes nach Zahl und Gewicht die Bevölkerungsbilanz nicht abgenommen, sondern von 120 auf 131 Personen pro qkm zugenommen hat, die Nachfrage also nicht kleiner, sondern stärker geworden ist, muß nach dem Gesetze, daß Angebot und Nachfrage den Preis regulieren, die Teuerung naturnotwendig eintreten. Zur Aufklärung über die Preissteigerung bei Wurstwaren sei darauf hingewiesen, daß die zu 90 Prozent aus dem Auslande eingeführten Därme um das 400 bis 570fache gestiegen sind. Die lebenden Schweine um das 265fache. Demgegenüber sind die Preise für Fertigfabrikate gegenüber 1914, wie folgt gestiegen: Frische Leberwurst um das 200fache, Mettwurst um das 245fache, Schlemmerwurst um das 200fache, Nollschinken um das 185fache. Schuld an der weiteren Preissteigerung aller Waren ist insbesondere die Erhöhung der Frachten und der Umsatz- und Gewerbesteuer. Die einseitige Vermehrung des Geldes ohne gleichzeitige Steigerung der Güterproduktion muß zur Preissteigerung führen, ebenso wie das verminderte Angebot heimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse infolge Verlustes eines Fünftel der deutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche durch den Friedensvertrag. Der Zusammenhang zwischen Getreide, Kartoffeln, Rasse, Fett, Fleischmangel und Teuerung und Mangel an Kohle, hervorgerufen durch den Ablieferungsdruck der Kohle und die Rindfleischförderung, ist leicht festzustellen.

Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelnot und Teuerung sind allein die Revision des Friedensvertrages, Stabilisierung der Mark, Steigerung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion, Erschließung des Ost- und Moorlandes, Verwendung der überzähligen unproduktiven Staats- und Verwaltungsfunktionäre zu produktiver Arbeit, Förderung der Nahrungsforschung, Förderung des inländischen Erzeugs, Frisch- und Feldgemüseanbaues, Produktionssteigerung insbesondere hinsichtlich der Kohlenförderung, Düngemittel-Erzeugung, Bauwirtschaft und Exportgüter, Aufklärungsarbeit über zweckmäßige Ernährungsweise, Umstellung der Nahrungsmittelindustrie, Förderung des Seefischfangs und Verbrauchs, Vermeidung des Verbrauchs von Auslands-Luxuswaren, Unterbindung der Ausfuhr deutscher Lebens- und Genussmittel, sowie der Verwendung notwendiger Lebensmittel für Herstellung von Genussmitteln, geschlechtliche und Selbsthilfemaßnahmen gegenüber verteuerten Kartelpolitik, Bekämpfung des Wuchers und der Schlemmerei.

Reicher Beifall lohnte die instruktiven Darlegungen des Redners, die es wert sind, zwecks Aufklärung in weiteste Kreise getragen zu werden.

Am Nachmittag schloß sich dann an den öffentlichen Teil der Tagung die Mitgliederversammlung, in der in nahezu 4stündigen Beratungen eine reiche und hochwichtige Tagesordnung erledigt wurde. Referate über die Wucherfrage, die Preisstabilisierungsverordnung, die Ruderberufung 1922/1923 (Referent Herr Verbandsdirektor Steinel-Karlsruhe), die Fabrikantenwillkür, die Tätigkeit der Bedesta, die Antialkoholbewegung und den Stand der Einigungsbestrebungen im Lebensmittelhandel riefen eine lebhaft diskutierte Debatte hervor, an der sich Mitglieder aus allen Landesstellen beteiligten. Die Wahl des Gausvorsitzes ergab einstimmige Wiederwahl des Herrn F. A. Lang-Heidelberg zum 1. Vorsitzenden und der sachgemäß auscheidenden Mitglieder Wehmann-Mannheim (2. Vor.), Himmann-Landau (3. Vor.), Biffinger-Karlsruhe (Weis.) und Rüttinger-Mannheim (Schriftf.) in ihren bisher innegehabten Vorstandämtern. Für die Abhaltung des nächsten Gautages, der im Mai 1923 stattfinden soll, wurde Baden-Baden in Aussicht genommen. Mit der Tagung war eine kleine Musterausstellung verbunden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 2. Nov. Die Beilegung des Eisenbahnerstreiks in der Pfalz mußte auf Befehl des Generals Dequoyte erfolgen. In folgendem Wortlaut wurde dies dem Personal zur Kenntnis gebracht:

„Sämtliches Personal der Eisenbahn hat an Ort und Stelle den Dienst aufrecht zu erhalten und alle Befehle auszuführen, die ihm in seinem Auftrage von der Interalliierten Feldbahnkommission und den ihr untergeordneten Stellen erteilt werden. Gemäß Verordnung 1 Artikel 6 der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission werden Vergehen aller Art gegen den vorliegenden Befehl kriegsgerichtlich verfolgt. Etwa

von den Befehlshabern kommende Klafate sind anzuschlagen, für ungehörige Verschwendung des gesamten Personals zu sorgen und auf die Folgen der Zuwiderhandlungen aufmerksam zu machen.“

An alle Dienststellen wurde durch die Unterkommission folgende Note übergeben:

„Ich bitte Sie, die Arbeiter der Bahnhöfe und der Werkstätten daran zu erinnern, daß die alliierten Behörden den Streik nicht zulassen und sie auffordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, andernfalls werden sie sich Zwangsmaßnahmen aussetzen. Ich gebe dies hiermit bekannt und fordere das gesamte Personal auf — schon aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen — von jeder Arbeitseinstellung abzusehen und, wo das geschehen ist, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Die Lohnbewegung der Eisenbahner hat im Lande, obwohl nach wie vor die Erregung und Nervosität über das neue Springen der Preise groß sind, keine Verschärfung erfahren. Am Dienstag begannen die Verhandlungen über die Novemberlöhne der Arbeiter und am Mittwoch die über die Novembergehälter der Beamten. Der Streit über eine Oktober-Ersatzzahlung soll durch eine erträgliche Lösung beigelegt sein. Am Montagabend traten die Spitzenorganisationen zusammen, um die Höhe der Forderungen festzusetzen.

DZ. Andern, 2. Nov. Auch im hiesigen Bezirke sind die bevorstehenden Wahlen durch ein Kompromiß erledigt worden, und zwar werden die Mandate wie folgt verteilt werden: Im Bezirksrat erhält das Zentrum 6 Sitze, der Landbund 1 Sitz und die Demokraten und Sozialdemokraten je einen Sitz. Für den Kreis haben die Zentrumskräfte 4 Sitze und Landbund, Sozialdemokraten und Demokraten wiederum je einen Sitz. — In Ettenheim konnte zwischen den einzelnen Parteien eine Einigung über ein Kompromiß nicht erreicht werden, so daß die Parteien nunmehr getrennt vorgehen werden. Der Plan, eine gemeinsame Liste aufzustellen, scheiterte an dem Verhalten der Sozialdemokratie. — Inbesondeste ist es nunmehr in Ettenheim doch noch zu einem Kompromiß unter den Parteien gekommen, so daß auch hier die Wahl vermindert wird.

DZ. Die badischen Kalwerke. In der Generalversammlung der Kalwerke Krügerhals A.-G., in der eine Kapitalerhöhung um 35 Millionen Mark beschlossen wurde, teilte die Verwaltung mit, daß die neuen Mittel für die badischen Kalwerke bereitgestellt werden. Die auf die badischen Kalwerke (Waldheim) gesetzten Öffnungen hätten sich voll erfüllt. Allerdings wird bei der ungeheuren Geldentwertung der Vorschlag weit überschritten werden. Trotzdem soll eine Betriebsaufstellung gegenwärtig nicht in Frage kommen.

DZ. Kraftpostverkehr, 2. Nov. Vom 1. November ab fällt der Abendkurs des Postkraftwagenverkehrs Schliengen Bahnhof-Karlsruhe, ab Schliengen 8.30 Uhr nachm., fort.

Aus der Landeshauptstadt.

* Verkehrsverein Karlsruhe. In einer außerordentlichen Hauptversammlung wurde u. a. mitgeteilt, daß der Fremdenverkehr in Karlsruhe eine erhebliche Steigerung erfahren hat; während der Herbstwoche betrug die Zahl der Übernachtungen in Wirtschaften und Hotels 11.000. Bei der Neuwahl eines 1. Vorsitzenden wurde an Stelle des zum Vorsitzenden des Landesverkehrsverbandes gewählten bisherigen Vorsitzenden Konrad Wenzinger der Kaufmann und Stadtrat Karl Wölfler und zu seinem Stellvertreter Prof. Rudolf Wilhelm gewählt. Der bisherige 1. Vorsitzende Konrad Wenzinger wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Verschiedenes.

Altertumsfunde. Im Mainzer Altertumsverein wurden aufsehenerregende Mitteilungen über die Entdeckung und Freilegung einer altsteinzeitlichen Siedelung des Aurignac-Wenchen auf dem Rinsenberg in Mainz gemacht. In einer Tiefe von drei Metern wurden bei Kanalschachtungsarbeiten vor dem städtischen Krankenhaus Feuersteine, Stein- und Knochenwerkzeuge, Tierknochen und Schmutzgegenstände ausgegraben, die der gleichen Art sind wie die in Südrheinland gefundenen Gegenstände derselben Rasse. Besonders Interesse werden in der wissenschaftlichen Welt die Reste von weiblichen Steinfigürchen erwecken, die ihrerseits bisher nur in zwei ähnlichen Steinbildnissen aus Niederösterreich und Südrheinland haben. Die Funde finden im Mainzer Altertumsmuseum Aufstellung. Nach Flüssigmachung

neuer Geldmittel sollen die Ausgaben, von denen weitere wichtige Ergebnisse erwartet werden, fortgesetzt werden.

* Wiederentdeckung einer alten deutschen Druckschrift. Die Fleischmann-Antiqua, die schöne Druckschrift, die Johann Michael Fleischmann 1738 für die holländischen Drucker Enschede geschritten hat, war bisher ein Ruhmestitel der berühmten Pariser Drucker. Nunmehr aber sind, wie in der neuen mit der Monatschrift „Kunst“ zusammen erscheinenden Zeitschrift „Das Sammlerabinett“ mitgeteilt wird, in einer alten Drucker zu Nürnberg, der Heimalstadt Fleischmanns, in seiner Originalmatrix dieser berühmten Druckschrift aufgefunden worden, und sogar in einigen Graben, die Enschede nicht besitzt. Es besteht also jetzt die erfreuliche Tatsache, daß die Fleischmann-Antiqua nicht mehr ein Monopol von Enschede ist, sondern sich auch in Deutschland finden und in einer bedeutend größeren Vielfalt von Graben, die ihre Verwendung fast unbegrenzt machen.

* Eugen Albert hat Widerspruch gegen die Verfilmung seiner Oper „Die Fledermaus“ erhoben; er vertritt den Standpunkt, daß das Filmrecht nicht, wie es gemacht worden ist, von seinem Urheber, sondern von ihm zu vergeben sei, und daß die Verfilmung ohne seine Zustimmung in sein künstlerisches Persönlichkeitsrecht rechtswidrig eingreife.

Literarische Neuerscheinungen.

Dante: Die Göttliche Komödie. Übertragen von Richard Boozmann. Mit Einführungen und Anmerkungen von Constantin Sauter. Fünfte und sechste Auflage. Mit einem farbigen Titelbild nach Giotto. Freiburg i. Br. 1922, Herder. Jedes klassische Werk immer wieder aufs neue nach dem Grade der Bildung und einer Sprache und eines Zeitalters zu übersetzen, bleibt eine ewige Aufgabe für alle gebildeten Völker und Jahrhunderte. Daher werden die Freunde Dantes Richard Boozmann Dank wissen, daß er mit dichterischem Geiste, der sich von slavischer Nachbildung wie von willkürlicher, dem beschränkten Geschmack eines Volkes angepaßten Umschreibung gleichweit entfernt gehalten und so Dantes riesenhafte Gedicht, aller unendlichen Schwierigkeiten ungeachtet, ins Deutsche übertragen hat. Selbst unser heutiges, aufs peinlichste geschärfte Formgefühl wird nahezu nirgends einen Anstoß zum Anstoß finden, es sei denn, daß es ein gewollter, also auch bei Dante selbst vorhandener ist! Versene Kritiker haben erklärt, daß durch Boozmann Dantes für die deutsche Literatur so gewonnen wurde, wie Shakespeare durch Schlegel. — Wertvoll an dieser Ausgabe sind auch die zuverlässigen Einführungen und Anmerkungen aus der Feder des Danteforschers Constantin Sauter.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die gemeinsame Geldlotterie des Vereins württembergischer Volkshilfsstätten in Stuttgart, des Hausvereins St. Nikolaus e. V. in Stuttgart und des Vereins Wüchnerinnenheim e. V. in Hebelingen betr.

Dem Verein württembergischer Volkshilfsstätten in Stuttgart, dem Hausverein St. Nikolaus e. V. in Stuttgart und dem Verein Wüchnerinnenheim e. V. in Hebelingen wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von Losen ihrer Lotterie in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1922.

Ministerium des Innern.

Memmele.

Schmidt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 28, Absatz 1 der Aetzblechverordnung werden die Aetzblechapparate „Ideal“ der Firma Augenschweizerwerk und Apparatebauanstalt Carl Schirmer in Erfurt in den Größen 1 bis 3 unter der Typennummer 104 in jederseits widerprüflicher Weise für Baden zugelassen, unter der Bedingung, daß die Apparate nur im Freien benutzt werden.

Karlsruhe, den 26. Oktober 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor:

Fuchs.

Spiegel.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus
Donnerstag, 2. und Samstag, 4. Nov., 5 und 8 Uhr abends
Süddeutsche Wasserkraftwerke.
Vortrag: Regierungsbaumeister Henninger. A. 948
Beiprogramm: **Butantan. — Jorinde u. Joringel.**
Siehe Plakatsäulen

Familienversicherung.
Sicherheit im Todes- und Lebensfall gibt nur die Lebensversicherung.
Preuß. Beamten-Verein in Hannover
Lebensversicherungsverein a. G. für jeden Beamten und Angestellten, auch für die freien Berufe (Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte usw.).
Gegr. 1876. Versicherungsbestand 665.000.000 M.
Keine Agenten! Ersparung sämtlicher Provisionen!
Daher niedrigste Prämien!
Keine Teuerungszuschläge! Keine Aufnahmegebühren!
Größte Sicherheit und günstigste Bedingungen.
Drucksachen und jede gewünschte Auskunft unter Bezug auf diese Anzeige kostenlos. A. 160

§. 590. 2. 1 Baden. Die Wärfereimhaberin Frau Maria Götter, in Baden, Marktplatz 6, vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Hermann und Sauter in Baden, klagt gegen den Hotelsekretär Martin Alter, zuletzt in Baden, Hotel Ditsch, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte ihr aus Darlehen

29. Dezember 1922, vormittags 9 1/2 Uhr, geladen.
Baden, 26. Oktober 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Kupferholzversteigerung
des Forstamts St. Blasien am Dienstag, den 14. November 1922, vormittags 9 Uhr, im Felsenkeller in St. Blasien: 3000 Festmeter Nadelholzstämmen u. -Abschnitte. A. 606

Allgemeine Tarifvorschriften und Güterklassifikation der Schweizerischen Eisenbahnen.
Mit sofortiger Wirkung treten für schweizerische Eisenbahnen, Posten, Briefen, frische Trauben (auch eingestampfte), ferner für Obstwein und Obstmoß, sämtl. Schweiz, der künftigen vorübergehende Frachtermäßigungen ein. A. 609
Näheres in unserem Tarifanzeiger.
Karlsruhe, 31. Okt. 1922.
Reichsbahnverwaltung.

Vom Staatsbankrott

Von
Dr. Carl August Fischer

Zweite wesentlich veränderte Auflage.

Die Arbeit, die durch die Heranziehung zahlreicher Beispiele und kritischer Erörterungen über die heutige Finanzlage des Deutschen Reiches wesentliche Erweiterungen erfahren hat, gibt in ihrem ersten Teil auf geschichtlicher Grundlage — System John Law, das Assignatenwesen sowie die österreichische Finanzentwicklung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts werden eingehend beleuchtet — eine ausführliche kritische Dogmengeschichte, an welche sich als 2. Teil eingehende Erörterungen über Begriffsbestimmung, Wesen und Folgen des Staatsbankrotts schließen. Der letzte Abschnitt der Arbeit befaßt sich alsdann mit der heutigen deutschen Lage und enthält Vorschläge zur Wiedergesundung der deutschen Reichswährung, die im wesentlichen auf die Wiederherstellung der Goldwährung selbstverständlich nicht etwa unter Zugrundelegung des alten Münzfußes hinauslaufen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Ziel sich erst im Laufe einer langen Reihe von Jahren und auch dann noch nicht ohne ausländische Hilfe, etwa in der Form einer Valutaanleihe wird erreichen lassen. Erste Voraussetzung ist jedoch die Wiederherstellung einer aktiven Zahlungsbilanz, sei es auch vorläufig nur mit Hilfe ausländischer Kreditgewährung. Diese Aktivierung erfordert in erster Linie naturgemäß eine Hebung der Produktion, für die heutige Zeit insbesondere auch eine günstigere Gestaltung der Handelsbilanz, zumal alle anderen die Zahlungsbilanz beeinflussenden Momente zur Zeit noch in der Richtung ihrer Passivierung wirken müssen. Daneben wird die baldmöglichste Neuordnung der Reparationsverpflichtungen gefordert. Darüber hinaus dürfen aber auch rein währungspolitische Maßnahmen nicht aus dem Auge gelassen werden, wenn auch der Forderung des Verbandes auf Einstellung der Inflation die Unmöglichkeit der Stilllegung der Notenpresse in Zeiten der zunehmenden Geldentwertung entgegengehalten werden muß.

Grundpreis Mark 3.80. Teuerungszahl Ende Oktober 1922: 160.
(Grundpreis x Teuerungszahl = Papiermarkpreis)

Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14.

Druck der Karlsruher Zeitung.